ARGENTINIEN

Geknebelte Presse

Kurz vor ihrer Reise nach Deutschland, wo sie Argentinien als Gastland der Frankfurter Buchmesse präsentieren will, knebelt Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner zu Hause die Presse. Der jüngste Trick der Peronistin, die Blätter „Clarín“ und „La Nación“ zum Schweigen zu bringen: eine Klage gegen deren Eigentümer wegen „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ – in einem Fall, der Jahrzehnte zurückliegt. Kirchner beschuldigt die Zeitungsverleger, sie hätten in den siebziger Jahren die einzige Papierfabrik des Landes unrechtmäßig und mit Hilfe der damaligen Militärjunta erworben. Doch selbst der Bruder eines der Vorbesitzer der Fabrik bescheinigt, der Verkauf sei „zu den besten Bedingungen und in Freiheit“ erfolgt. „Clarín“, die größte spanischsprachige Tageszeitung in Lateinamerika, und „La Nación“ waren beim Ehepaar Kirchner in Ungnade gefallen, als sie vor zwei Jahren deren Agrarpolitik kritisierten. Heute haben nur noch 36 Prozent der befragten Argentinier eine gute Meinung von der Präsidentin. Da sie die Presse für den Vertrauensverlust verantwortlich macht, will sie nun obendrein per Gesetz die Produktion und Zuteilung von Papier als „Gut von öffentlichem Interesse“ ganz unter staatliche Kontrolle stellen.

Fernández de Kirchner

LA VALLE / PICTURE-ALLIANCE / DPA

IRAN

„Will Amano eine Katastrophe?“

ATTA KENARE / AFP

Der Generaldirektor der iranischen Atomenergiebehörde, Ali Akbar Salehi, 61, über den Streit mit dem Chef der internationalen Nuklearaufsicht

SPIEGEL: Erneut haben Exil-Oppositionelle eine geheime Anlage zur Urananreicherung öffentlich gemacht. Sind Sie nach Wien gekommen, um der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) die Arbeit an weiteren unterirdischen Anlagen zu gestehen?
Salehi: Diese Anschuldigung ist eine Unverschämtheit.
SPIEGEL: Aber Sie suchen doch schon nach weiteren Orten, die sich für den Bau tief verborgener Labors eignen.
Salehi: Wir prüfen, wo wir Anlagen errichten könnten, die gegen jegliche Bedrohung immun sind. Verteilt über das Land, haben wir zehn Plätze gefunden. Das heißt nicht, dass wir dort morgen schon Fabriken bauen. Möglicherweise starten wir im Frühjahr mit dem Bau einer Anlage. Wenn es so weit ist, werden wir das Projekt bekanntgeben.
SPIEGEL: Aber im Streit um die Anreicherung von Uran zu zivilen Zwecken lenken Sie weiterhin nicht ein?
Salehi: Wir wollen keinen Konflikt provozieren. Ich bin zur Generalkonferenz der IAEA gekommen, um Iran als engagiertes Mitglied zu vertreten, trotz der offensichtlichen Voreingenommenheit des neuen Generaldirektors Yukiya Amano.
SPIEGEL: Was werfen Sie Amano vor?
Salehi: Mit seiner Bewerbung für diesen Posten war Amano mehrfach gescheitert, obwohl er als Japaner eine mächtige Nation vertritt. Viele Staaten hatten befürchtet, er werde sich dem Druck von außen beugen. Mit knapper Mehrheit wurde er erst gewählt, nachdem er ausdrücklich Redlichkeit versprochen hatte. Die aber vermissen wir. Herr Amano muss aufpassen, dass er durch seine Parteinahme für eine bestimmte Politik nicht seine Legitimität verliert.
SPIEGEL: Er weist nur deutlicher auf Irans Verfehlungen hin als sein Vorgänger, der Ägypter Mohammed ElBaradei.
Salehi: Amano wärmt nur alte Vorwürfe wieder auf. Und wenn wir zwei Inspektoren ablehnen, was unser Recht ist, stellt er das als mangelnde Kooperation dar. Diesen Ton lassen wir uns nicht gefallen.
SPIEGEL: Klingt da die Drohung an, die Kooperation aufzukündigen?
Salehi: Das ist nur eine freundliche, aber ernste Ermahnung, sich nicht politisch missbrauchen zu lassen. Wir fragen uns: Will Herr Amano irgendwem einen Vorwand liefern für einen Angriff auf uns? ElBaradei hat für seine sachliche Haltung den Friedensnobelpreis erhalten. Will Amano seinen Namen mit einem Krieg verbinden? Will Amano eine Katastrophe?